

Deutsche Übersetzung des Zwischenberichts (Interim Report)

des Komitees für Heimatschutz und Regierungsangelegenheiten der Vereinigten Staaten von
Amerika

Englisches Original:

[https://www.hsgac.senate.gov/imo/media/doc/](https://www.hsgac.senate.gov/imo/media/doc/2018-02-07%20Interim%20Report_The%20Clinton%20Email%20Scandal%20and%20the%20FBI's%20Investigation%20of%20It.pdf)

[2018-02-07%20Interim%20Report_The%20Clinton%20Email%20Scandal%20and%20the%20FBI's%20Investigation%20of%20It.pdf](https://www.hsgac.senate.gov/imo/media/doc/2018-02-07%20Interim%20Report_The%20Clinton%20Email%20Scandal%20and%20the%20FBI's%20Investigation%20of%20It.pdf)

DER CLINTON EMAIL-SKANDAL UND DESSEN UNTERSUCHUNG DURCH DAS FBI

Ein Zwischenbericht

Ein Bericht des
Komitees für Heimatschutz und Regierungsangelegenheiten
Senat der Vereinigten Staaten
Senator Ron Johnson, Vorsitzender

Angesichts des jüngsten Interesses an der Überwachung des Federal Bureau of Investigation (FBI) und der Untersuchung geheimer Informationen über den privaten E-Mail-Server des ehemaligen Außenministers Hillary Clinton durch den US-Kongress, dient dieser Interim-Bericht als Update zu unseren bisherigen Maßnahmen, und zu dem, was wir bisher aus der Angelegenheit gelernt haben. Während der Ausschuss weiterhin ermittelt, hat der Vorsitzende Johnson zusätzliche Dokumente und Materialien des Justizministeriums angefordert.

Das FBI ist die führende Strafverfolgungsbehörde des Landes, und es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Öffentlichkeit uneingeschränktes Vertrauen in dessen Integrität, als auch dessen Unparteilichkeit besitzt.

Leider haben eine Reihe von Maßnahmen, die von hochrangigen FBI-Beamten ergriffen wurden, berechtigterweise beides in Frage gestellt. Im Verlauf von fast drei Jahren, seit März 2015, hat der Vorsitzende Johnson gewissenhaft Briefe erstellt als Versuch des Ausschusses, relevante Informationen zu erhalten. Der Ausschuss hat noch nie eine Anhörung abgehalten, weil der Vorsitzende nicht daran interessiert war, einen Medienrausch-Prozess zu veranstalten. Der Vorsitzende Johnson wollte einfach nur die Fakten herausfinden, die Wahrheit feststellen, und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Nach den Wahlen im November 2016 kündigte der gewählte Präsident Trump an, dass sein Justizministerium keine weiteren Schritte gegen die ehemalige US-Außenministerin Clinton unternehmen werde - die Wähler hätten sie zur Rechenschaft gezogen. Der Vorsitzende Johnson stimmte dieser Entscheidung zu und betrachtete die Angelegenheit als abgeschlossen. Aufgrund

des Justizministeriums und der ungewöhnlichen Handhabung des FBI-Ermittlungsverfahrens sowie der Einmischung in den Wahlprozess kam es jedoch auf beiden Seiten des politischen Spektrums zu Vorwürfen der Politisierung. Das Office of Special Counsel initiierte schließlich eine sog. ‚Hatch Act‘-Untersuchung der öffentlichen Äußerungen von FBI Direktor James Comey über die Clinton Untersuchung. Das Büro des Generalinspektors des Justizministeriums (DOJ OIG) leitete ebenfalls eine Untersuchung der Maßnahmen von Director Comey ein. Die Untersuchung des DOJ OIG führte zur Entdeckung des Austauschs von Textnachrichten zwischen dem stellvertretenden FBI Direktor der Spionageabwehrabteilung Peter Strzok, und der FBI-Anwältin Lisa Page. Als er mit dem Inhalt dieser Textnachrichten konfrontiert wurde, entließ Sonderberater Robert Mueller sofort Strzok aus seinem Ermittlungsteam.

Der Ausschuss wurde nicht über die Textnachrichten zwischen Strzok und Page von einer offiziellen Quelle der Bundesregierung informiert, sondern hat lediglich von diesen aus der Presse erfahren. Am 6. Dezember 2017 sandten der Vorsitzende Johnson und der Vorsitzende Grassley einen Brief an das Justizministerium, um die Textnachrichten anzufordern. Das Justizministerium erstellte am 12. Dezember 2017 eine erste Tranche von Textnachrichten, und am 19. Januar 2018 eine zweite.

Obwohl diese Textnachrichten aufgrund ihrer Natur manchmal kryptisch und unzusammenhängend sind, werfen sie doch einige Fragen über das FBI und dessen Untersuchung geheimer Informationen auf Secretary Clinton’s privatem E-Mail-Server auf. Strzok und Page diskutierten, wie sie „das Land vor der Bedrohung“ der Trump „Unterstützer“ schützen, und die Möglichkeit einer „Versicherungspolice“ gegen das „Risiko“ einer Trump-Präsidentschaft aufstellen könnten. Die beiden diskutierten dann darüber, dass die damalige Generalstaatsanwältin Loretta Lynch wusste, dass Außenministerin Clinton nicht angeklagt werden würde - dies bevor das FBI Außenministerin Clinton interviewt hatte, und bevor sie ankündigte, dass sie die Entscheidung der Untersuchung von Direktor Comey akzeptieren würde. Sie schrieben darüber, welche Konzepte sie für den damaligen Direktor Comey aufsetzen sollten, weil Präsident Obama „alles wissen will, was wir tun“. Strzok und Page tauschten sich auch über die Untersuchung angeblicher russischer Verbindungen der Trump-Kampagne aus - sie nannten sie „unerledigte Angelegenheiten“ und „eine Untersuchung, die zur Amtsenthebung führe“, dabei gleichzeitig parallelen zu Watergate ziehend, und Strzok’s „Bauchgefühl und Besorgnis ausdrückend, dass es dort nichts großartiges [zu ermitteln] gibt“.

Die Textnachrichten werfen einige wichtige Fragen auf, die einer weiteren Prüfung bedürfen:

- Ob und inwieweit persönliche Motivation und / oder politische Voreingenommenheit die Untersuchung des FBI beeinflusst haben;
- Ob und inwieweit das Obama-Justizministerium oder das Weiße Haus die Ermittlungen des FBI beeinflusst haben; und
- Ob und inwieweit persönliche Motivation und / oder politische Voreingenommenheit die Handlungen des FBI in Bezug auf Präsident Trump beeinflusst hatten.

Dieser Bericht ist nicht dazu gedacht, diese Fragen zu beantworten, sondern um zu zeigen, dass die erhaltenen Informationen weitere Untersuchungen erfordern, um mögliche Vorurteile und Fehlverhalten innerhalb des FBI und des Justizministeriums zu untersuchen. Jedem ernsthaften

und unparteiischen Leser dieser Materie dürfte es schwer fallen, die Notwendigkeit weiterer Nachforschungen zu leugnen.

Der Ausschuss, als das oberste Aufsichtskomitee des Senats, hat die Verantwortung, Transparenz und Rechenschaftspflicht in der gesamten US-Bundesregierung zu fördern. Das FBI und das Justizministerium sind keine Ausnahmen - zwei kritische Institutionen, die bezüglich der Wahrnehmung von Vorurteilen über jeden Zweifel erhaben sein müssen. Aufgrund der Ernsthaftigkeit der Themen und der beteiligten Institutionen muss der Ausschuss diese Verpflichtung parallel zu der laufenden Untersuchung des DOJ OIG und anderer Kongressanfragen erfüllen. Amerikaner aller politischen Richtungen müssen das volle Vertrauen haben, dass die Bundesvollzugsbehörden unabhängig, unpolitisch, und unvoreingenommen sind.

Obwohl die Arbeit des Ausschusses fortgesetzt wird, werden in diesem Bericht einige der bisher gesammelten Informationen und einige der wichtigsten Informationen hervorgehoben. Im Interesse der Transparenz enthält dieser Bericht Anhänge mit Schreiben des Vorsitzenden Johnson als Teil der Überwachung des Ausschusses, sowie im Bericht zitierte Dokumente und Textnachrichten, die der Ausschuss erhalten hat. Ein zentraler Bestandteil der Mission des Ausschusses ist die Förderung einer effizienteren, effektiveren und rechenschaftspflichtigeren Regierung. Im Gegensatz zu Staatsanwälten, die Gesetze oder Inspektionen allgemein durchsetzen und Empfehlungen abgeben, verfolgt der Ausschuss die Aufsicht mit dem Ziel der vollen Transparenz, um das öffentliche Bewusstsein und das Vertrauen in Bundesbehörden zu fördern, und notwendige Gesetzreformen zu initiieren. Während wir weiterhin Informationen erhalten, wird der Vorsitzende Johnson ebenso weiter alles tun, um die Öffentlichkeit über diese wichtige Arbeit auf dem Laufenden zu halten.

Der Ausschuss übt die Aufsicht über die gesamte Bundesregierung aus, und hat die gesetzliche Zuständigkeit für föderale Aufzeichnungen und „die Wirksamkeit der gegenwärtigen nationalen Sicherheitsmethoden, -besetzungen und -verfahren im Hinblick auf die Anforderungen, die sich aus der schnell zunehmenden Komplexität nationaler Sicherheitsprobleme ergeben“. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, hat das Komitee seit März 2015 die Verwendung eines privaten E-Mail-Servers durch die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton zur offiziellen Kommunikation, sowie ihre offensichtliche Misshandlung von Dokumenten im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit untersucht.

Die Existenz von Secretary Clintons privatem E-Mail-Konto wurde im März 2013 öffentlich bekannt. Eine Website namens The Smoking Gun veröffentlichte mehrere Nachrichten darüber, wie ein Hacker (der später als Marcel Lehel Lazar, alias „Guccifer“ bezeichnet wurde) in den AOL-Account des ehemaligen Clinton-Beraters Sidney Blumenthal eingebrochen war. Die Webseite identifizierte die Domäne für Secretary Clinton E-Mails und zeigte später Bildschirmaufnahmen von E-Mails, die Blumenthal an Secretary Clintons privaten E-Mail-Account `hdr22@clintonemail.com` geschickt hatte.

Politico berichtete damals: „Der Hacker hatte offenbar die E-Mails sortiert, um die Word-Dateien, die diesen spezifischen E-Mails angehängt sind, aufzulisten (und möglicherweise herunterzuladen). Dazu gehörten Außenpolitik- und Geheimdienst-Memos, die Clinton als Außenministerin zugeschickt wurden.“

Zwei Jahre später, am 2. März 2015, berichtete die New York Times, dass US-Außenministerin Clinton von Januar 2009 bis Februar 2013 ausschließlich ein privates E-Mail-Konto für Regierungsgeschäfte als Staatssekretär nutzte. Der Artikel stellte ferner fest, dass Außenminister Clinton während ihrer Amtszeit kein offizielles E-Mail-Konto des Außenministeriums hatte.

Am 7. März 2015 befragte CBS News-Korrespondent Bill Plante in einem Interview Präsident Obama: „Wann haben Sie zum ersten Mal erfahren, dass Hillary Clinton außerhalb der USA ein E-Mail-System verwendet hat als offizieller Staatssekretär?“ Präsident Obama antwortete: „Zur gleichen Zeit erfuhren es alle anderen durch die Nachrichten“. Am 9. März 2015 antwortete der Pressesprecher des Weißen Hauses, Josh Earnest, auf Presseanfragen über das Interview des Präsidenten mit Bill Plante: „Der Präsident bezog sich speziell auf die Vereinbarung mit der E-Mail von Außenministerin Clinton. Ja, der Präsident war sich ihrer E-Mail-Adresse bewusst. Er tauschte E-Mails mit ihr aus. Es sollte keine Überraschung sein, dass der Präsident der Vereinigten Staaten E-Mails mit dem Außenminister austauscht. Aber der Präsident war sich nicht bewusst darüber, dass dies die E-Mail-Adresse war, die sie ausschließlich für ihre gesamten Tätigkeiten verwendete. Der Präsident war sich dessen nicht bewusst, bis mehr darüber berichtet wurde“. Plante fragte jedoch nicht nach der ausschließlichen Verwendung eines privaten E-Mail-Systems durch Außenministerin Clinton, sondern nur nach dem Wissen des Präsidenten, dass Außenministerin Clinton ein privates System für offizielle Geschäfte benutzt hatte.

Mit Gesetzgebungskompetenz über Bundesakten und Aufsichtsbehörden über die gesamte Bundesregierung, und dem Ausschuss für Heimatschutz und Regierungsangelegenheiten trat der Ausschuss für auswärtige Beziehungen und der gewählte Ausschuss für Nachrichtendienste bei der Abfassung unseres ersten Aufsichtsschreibens an den Generalinspekteur des Außenministeriums am 12. März 2015 zusammen. Unsere Untersuchung in dieser Angelegenheit hatte begonnen.

1. Die Untersuchung des Ausschusses

Während der Zeitspanne des 114. Kongress sandte das Komitee Briefe an das Außenministerium, das Justizministerium, das FBI, das Büro des Direktors des Nationalen Nachrichtendienstes, das Büro des Generalinspektors des Außenministeriums und den Generalinspektor der Geheimdienste, um verschiedene Kategorien von Informationen auf Secretary Clintons Privatserver zu identifizieren. Der Ausschuss forderte auch Informationen von privaten Einrichtungen, die an der Sicherung und Pflege von Secretary Clintons privatem Server beteiligt waren; private Parteien, die für die Bereitstellung von IT-Unterstützung für Außenministerin Clinton sowohl in der Regierung als auch außerhalb verantwortlich sind; und andere relevante Einheiten in Bezug auf den Server von Außenministerin Clinton. Während der Ausschuss einige Informationen erhielt - insbesondere von privaten Einrichtungen -, erhielt der Ausschuss nur selten angemessene Antworten von Regierungsbehörden (siehe Anhang B). Oft führte das FBI seine laufenden Ermittlungen als Vorwand dafür an, keine detaillierten Antworten geben zu wollen. Am 21. Oktober 2015 veröffentlichte das Komitee auf Bitte des ranghöchstem Komitee-Mitglied Claire McCaskill E-Mails und Dokumente, die von Platte River Networks - der Firma, die die Server von Außenministerin Clinton nach dem Verlassen des Außenministeriums betreute - erhalten geblieben waren.

Während des 115. Kongress hat der Ausschuss Informationen vom Justizministerium, vom FBI, vom Büro des Generalinspektors des Justizministeriums und vom Büro des Sondergesandten angefordert. Einige dieser Anträge bleiben ausstehend (siehe Anhang B).

2. Gesetze zum Schutz klassifizierter Informationen

Mehrere Bundesgesetze kriminalisieren die Misshandlung von geheimen Verschlusssachen. Das Spionagegesetz, 18 USC §§ 793-798, verbietet verschiedene Arten der missbräuchlichen Behandlung von „nationalen Verteidigungsinformationen“. Abschnitt 793 (a) verbietet die Beschaffung von Informationen über nationale Verteidigungseinrichtungen und Ausrüstung „mit Absicht ... dass die Informationen für die Verletzung der Vereinigten Staaten verwendet werden sollen“. Abschnitt 793 (b) verbietet das Einholen von Fotos, Plänen, Bauplänen und ähnlichen Dokumenten für die gleiche Absicht, während Abschnitt 793 (c) den Empfang dieser Art von Dokumenten zum Zweck der Schädigung der Vereinigten Staaten unter Strafe stellt. Abschnitt 793 (d) verbietet jemandem mit rechtmäßigem Zugriff auf nationale Verteidigungsinformationen, solche an jemanden zu übermitteln, der nicht dazu berechtigt ist, diese zu empfangen. In ähnlicher Weise verbietet Abschnitt 793 (e) jemandem mit ungesetzlichem Zugang zu nationalen Verteidigungsinformationen, diese freizugeben, oder es zu unterlassen, solche an eine autorisierte Partei zurückzugeben.

§ 793 (f) verbietet die missbräuchliche Behandlung von Verschlusssachen durch grobe Fahrlässigkeit. Dieser Unterabschnitt erfordert keine spezifische Absicht, die nationale Sicherheit zu schädigen, und selbst ohne Vorsatz wird es als schweres Verbrechen angesehen. Andere amerikanische Staatsbürger wurden im Rahmen dieses Gesetzes wegen weniger schwerwiegender Handlungen angeklagt. Der relevante Teil von Abschnitt 793 (f) lautet:

Wer auch immer ... rechtmäßigen Besitz oder Kontrolle eines Dokuments hat ... in Bezug auf die Landesverteidigung, und (1) durch grobe Fahrlässigkeit gestattet, dass diese von ihrem ordnungsgemäßen Verwahrungsort entfernt werden ... oder (2) Kenntnis davon zu haben, dass diese illegal von ihrem ordnungsgemäßen Aufbewahrungsort entfernt wurden ... und versäumt, einen solchen Verlust unverzüglich zu melden ... Wird unter diesem Artikel, oder mit nicht mehr als zehn Jahre Gefängnis bestraft, oder beides.

Abschnitt 794 verbietet die Übermittlung von nationalen Verteidigungsinformationen an eine ausländische Regierung, 28 und die Abschnitte 795 bis 797 kriminalisieren die nicht autorisierte Verwendung oder Erstellung von Bildern nationaler Verteidigungseinrichtungen oder -ausrüstungen. Abschnitt 798 verbietet die vorsätzliche Offenlegung von geheimdienstlichen Informationen.

Andere Bundesgesetze verbieten die Verwendung eines Computers zur vorsätzlichen Aufbewahrung oder Weitergabe von Verschlusssachen, die Offenlegung der Identität eines Geheimbeamten, sowie die Veröffentlichung von Diplomatenmaterial ohne Genehmigung. Darüber hinaus verbietet Abschnitt 1924 in Titel 18 die Entfernung von Verschlusssachen mit der Absicht, die Informationen an einem nicht autorisierten Ort aufzubewahren. Der frühere Nationale Sicherheitsberater von Clinton, Sandy Berger, hat sich für schuldig erklärt, dieses Gesetz verletzt zu haben. Berger wurde mit einer Geldstrafe in Höhe von 50.000 US-Dollar bestraft, zu zwei

Jahren Bewährung und 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt, und seine Sicherheitsgenehmigung für drei Jahre enthoben.

II. Anfängliche Phasen der Untersuchung des Ausschusses und angeeignete Informationen

1. Vor den Strzok-Page-Textnachrichten hatte der Ausschuss Informationen, die Fragen zu den Aktionen von Außenminister Clinton und den Ermittlungen des FBI aufwarfen.

Noch vor dem Empfang der von Strzok und Page ausgetauschten Textmeldungen hatte das Komitee Informationen - neben anderen Informationen, die in der Öffentlichkeit diskutiert wurden - erhalten, die Fragen an Secretary Clinton und anderen Verwaltungsbeamten hinsichtlich möglicher falscher Handhabungen von geheimen Verschlusssachen aufwarfen. Diese Informationen beinhalteten:

1. Außenministerin Clinton ließ zu, dass ein privater Server in ihrem Haus eingerichtet wurde, welches eine Verletzung der Politik des Außenministeriums und der IT-Standards des Bundesstaats darstellt, so die Aussagen des Büro des Generalinspektors des Außenministeriums. [FBI] Direktor Comey hat in seinen ursprünglichen Entwürfen seiner öffentlichen Erklärung wiederholt ihr [Clintons] Verhalten als „grob fahrlässig“ bezeichnet - und auf die gesetzlichen Standards nach § 793 f) hingewiesen. Dieser Satz [in Comey's Erklärung] wurde später in „extrem unvorsichtig“ geändert - eine rechtliche Unterscheidung ohne einen praktischen Unterschied.

2. Am 18. August 2015, als sie gefragt wurde: „Haben Sie den Server bereinigt ?“, sagte Clinton: „Was, wie mit einem Tuch oder so ?“ Mehr als ein Jahr später, am 25. August 2016, verkündete der Kongressabgeordnete Trey Gowdy dass eine Softwareapplikation namens BleachBit verwendet worden war, um Secretary Clinton's privaten Server zu bereinigen, so dass, wie der Kongressabgeordnete Gowdy sagte, „sogar Gott sie nicht mehr lesen konnte.“ Nach Angaben von Außenministerin Clinton haben ihre Anwälte letztendlich mehr als 30.000 E-Mails gelöscht, die ihrer Meinung nach nichts mit ihren offiziellen Pflichten zu tun hatten.

3. Das FBI fand heraus, dass 110 E-Mails in 52 separaten E-Mail-Ketten zum Zeitpunkt des Versenden oder Empfangen der E-Mails klassifizierte Informationen enthielten - darunter acht Ketten mit streng geheimen Informationen, 36 Ketten mit geheimen Informationen und acht Ketten mit vertraulichen Informationen. Später wurden weitere 2.000 E-Mails als Verschlusssachen eingestuft. Aus diesem Grund verwies [FBI] Director Comey ursprünglich auf das „schiere Volumen“ von Verschlusssachen, die über den E-Mail-Server von US-Außenminister Clinton gingen. „Schieres Volumen“ wurde später aus der Erklärung von [FBI] Director Comey herausgeschnitten, obwohl er „große Mengen“ an klassifiziertem Material als Verdichtung einer Strafverfolgung anführte.

4. Laut Direktor Comey „hat Außenministerin Clinton ihre persönlichen E-Mails außerhalb der Vereinigten Staaten ausgiebig genutzt, einschließlich des Versenden und Empfangen von E-Mails auf dem Gebiet hoch entwickelter Gegner.“ In der ursprünglichen Erklärung von Direktor Comey wurde festgestellt, dass „es sehr wahrscheinlich ist, dass feindliche Akteure Zugang zu Secretary Clintons privatem E-Mail-Konto erhielten“. „Wahrscheinlich“ wurde in der Abschlusserklärung zu „möglicherweise“ herabgestuft.

5. Ein Verweis in der Stellungnahme von [FBI] Director Comey auf die „umfangreiche Arbeit“ des FBI, die mit der Intelligence Community durchgeführt wurde, wurde aus den endgültigen Versionen herausgeschnitten.

6. Laut dem Büro des Generalstaatsanwalts des Außenministeriums konnte Außenministerin Clinton für keine E-Mails verantwortlich gemacht werden, die sie von Januar 2009 bis März 2009 gesendet oder erhalten hatte. Später entdeckte das Verteidigungsministerium 19 E-Mails, die Außenminister Clinton mit General David Petraeus ausgetauscht hatte, und leitete diese an den Generalinspekteur weiter.

Zusätzliche Informationen weckten Fragen über die FBI Untersuchung des Umgangs von geheimen Material durch US-Außenminister Clinton:

7. Anfang Mai 2016 verschickte Direktor Comey seine Entwurfs-Erklärung, in der er Außenministerin Clinton von jeglicher Schuld freisprach, dem FBI-Stellvertreter Andrew McCabe, FBI-Chef James Baker, und dem FBI Stabschef James Rybicki. Dieser Entwurf kam zwei volle Monate, bevor das FBI mehr als ein Dutzend Interviews durchführte, einschließlich einer immunisierten Zeugenaussage von Cheryl Mills und Heather Samuelson, und einer Aussage von Außenministerin Clinton.

8. Generalstaatsanwalt Lynch hat Berichten zufolge das FBI angewiesen, die Untersuchung bezüglich Clinton als „Angelegenheit“ zu bezeichnen.

9. Am 10. Juni 2016 haben das FBI und das Justizministerium zugestimmt, Schlüsselpersonen der Untersuchung zu immunisieren, darunter Cheryl Mills und Heather Samuelson. Diese Vereinbarungen beinhalteten Nebenabsprachen, die das FBI dazu verpflichteten, Beweise auf Computergeräten zu vernichten, die dem FBI übergeben wurden. Eine strengere Untersuchung hätte möglicherweise volle Autorität (einschließlich des Einsatzes einer Grand Jury) bedarf, um Aussagen zu erzwingen, und Beweise zu erhalten.

10. Am 27. Juni 2016 traf Generalstaatsanwalt Lynch mit Präsident Bill Clinton auf dem Rollfeld des Phoenix International Airport zusammen, bevor die Ermittlungen des FBI gegen Außenminister Clinton abgeschlossen waren.

11. Als Folge der Kontroverse über ihr fragwürdiges Treffen mit Präsident Clinton kündigte Generalstaatsanwalt Lynch am 1. Juli 2016 an, sie würde die Empfehlung des FBI akzeptieren, inwiefern strafrechtliche Anklage erhoben werden soll.

12. Am 2. Juli 2016 gestatteten das FBI und das Justizministerium anderen Zeitzeugen, darunter Mills und Samuelson, während des Gesprächs mit Außenministerin Clinton anwesend zu sein. Das FBI und das Justizministerium erlaubten auch Anwälten, mehrere Beteiligte gleichzeitig zu vertreten in dieser Untersuchung. Eine strengere Untersuchung hätte Zeugen möglicherweise trennen können, um Aussagen zu vergleichen, und Diskrepanzen zu untersuchen.

13. Am 5. Juli 2016 hielt FBI-Direktor Comey eine Pressekonferenz ab und las die Erklärung, die er im Mai zu schreiben begann, und kündigte den Freispruch von Außenministerin

Clinton an. Die Schlussbemerkung, wie oben ausgeführt, wurde erheblich redigiert, um die Schwere der Handlungen von Außenministerin Clinton herunterzuspielen. Direktor Comey gab auch an, dass er diese Aussage „in keiner Weise mit dem Justizministerium oder irgendeinem anderen Teil der Regierung koordiniert, oder überprüft habe. Sie wissen nicht, was ich sagen werde“.

2. Die Strzok-Page-Textnachrichten ergänzen die bereits erhaltenen Informationen, und werfen zusätzliche Fragen über die Untersuchung des FBI auf.

Der Ausschuss erhielt am 12. Dezember 2017 eine erste Tranche von Textnachrichten, die zwischen Strzok und Page ausgetauscht wurden.

Am 19. Januar 2018 erhielt der Ausschuss die zweite Tranche zusammen mit der Mitteilung, dass zwischen dem 14. Dezember 2016 und dem 17. Mai 2017 SMS Nachrichten versendet und empfangen wurden, diese aber aufgrund technischer Probleme nicht erhalten geblieben wären.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass Strzok stellvertretender Direktor der FBI-Spionageabwehrabteilung, und [Lisa] Page eine ranghohe FBI-Anwältin war. Es ist durch die Überprüfung der Textnachrichten offensichtlich, dass beide direkt mit den obersten Beamten des FBI gearbeitet und / oder direkten Zugang zu diesen hatten. Beide berichteten häufig über Treffen und Mitteilungen mit Direktor Comey, dem stellvertretenden Direktor McCabe, dem Stabschef Jim Rybicki, und dem General Counsel Jim Baker, sowie mit hochrangigen Vertretern des Justizministeriums.

Die bereitgestellten Textnachrichten bieten einen ungeschönten - wenn auch manchmal kryptischen - Einblick in das Verhalten der oberen Ränge des FBI. Da die Texte kein vollständiges und vollständiges Bild liefern, sind weitere Untersuchungen und Untersuchungen erforderlich. Aber sie zeichnen ein Bild von Voreingenommenheit und Ansporn und werfen sicherlich Fragen über mögliche Korruption auf. Hier sind nur einige der beunruhigenderen Textnachrichten und ihre Bedeutung für die Untersuchung des Ausschusses:

1. Während der Vorwahlen und Präsidentschaftswahlen zeigten Strzok und Page wiederholt Feindseligkeiten gegenüber dem damaligen Kandidaten Trump, und den Republikanern im Allgemeinen. Page nannte Trump einen „abscheulichen Menschen“, bevor er weiter schrieb: „Ich kann nicht glauben, dass Donald Trump wahrscheinlich ein ernsthafter Präsidentschaftskandidat sein wird“. Strzok nannte Trump „einen Idioten“ und meinte Clinton „sollte 100.000.000 zu 0 gewinnen“. Strzok und Page verwendeten auch Kraftausdrücke, um Trump zu beschreiben. Lisa Page drückte auch Geringschätzung für Amerikaner aus, die am „Marsch für das Leben“ 2016 teilnehmen, sie schrieb, dass sie „wirklich diese Leute hasst.“ Strzok bezeichnete Leute aus Virginia, die anscheinend gegen die Ehefrau des stellvertretenden FBI Direktors McCabes für deren lokalen Senatssitz stimmten, als „unwissende Hinterwäldler“. Diese Aussagen werfen Fragen auf, ob persönliche politische Voreingenommenheit die Untersuchung des FBI beeinflusst haben könnte.

2. Am 10. April 2016 schrieb Strzok an [Lisa] Page, dass er „zunehmend von JB's Anrufen [wahrscheinlich bezieht sich dies auf James Baker] irritiert ist, und dem Fehlen von jeglicher Unterstützung. Sehr. Es war falsch, angesichts der Sachen die ich bereits gefragt worden war zu

tun“. Er fuhr fort: „Ich bin mir nicht sicher, ob ich dabei sein möchte“ Page antwortete: „Du bist ein Teil davon und das wird sich nicht ändern. Aber ich denke, dass Sie jedes Recht haben, wütend und frustriert darüber zu sein, dass Sie bei Ihrer Untersuchung aus dem Weg gelassen werden, besonders wenn Sie die Tasche in der Hand behalten müssen. ... Große, große Angelegenheit, große Probleme“. Aus dem Zusammenhang heraus scheint es, dass Page und Strzok vielleicht ein Gespräch diskutiert haben, das Präsident Obama Fox News Sunday gegeben hat, das Anfang der Woche aufgezeichnet wurde, aber an jenem Tag ausgestrahlt wurde, und an dem Präsident Obama folgendes sagte: Er „glaubte weiterhin, dass [Außenministerin Clinton] die nationale Sicherheit Amerikas nicht gefährdet hat“. Dieser Austausch wirft Fragen darüber auf, ob und wie die Erklärung des ex-Präsidenten die Ermittlungen des FBI beeinflusst haben.

3. Nach dem scheinbaren Sieg von Kandidat Trump in der republikanischen Vorwahl diskutierten Strzok und Page, wie sein Sieg das FBI unter Druck setzte, dessen Untersuchung von Hillary Clinton zu beenden. Am 6. August 2016 schrieb Page Strzok, dass er „das Land vor dieser Bedrohung schützen muss“ und verlinkte auf einen Artikel über Trump's sogenannte „Macher“. Strzok antwortete: „Natürlich werde ich versuchen, mich ihm zu nähern auf diesem Weg. Ich weiß nur, dass es manchmal hart sein wird. Ich kann unser Land auf vielen Ebenen schützen, bin mir aber nicht sicher, ob das hilft“. Dies deutet darauf hin, dass hochrangige FBI-Beamte möglicherweise Maßnahmen außerhalb ihrer Autorität in Betracht gezogen haben.

4. Am 30. Juni 2016 tauschten Strzok und Page Texte über Änderungen an der Erklärung von Director Comey aus. Strzok schrieb: „K. Rybicki hat gerade eine andere Version geschickt.“ Page antwortete daraufhin: „Bill hat gerade hereingeschaut, hoffentlich um mit ihm zu reden“. (Bill bezieht sich wahrscheinlich auf Bill Priestap, Strzoks Boss). Strzok antwortete: „Ich hoffe. Komme gerade von Bill ... Er hat ‚Präsident‘ in ‚einen anderen hochrangigen Regierungsbeamten‘ abgeändert“. In Comey's Abschlusserklärung hätte sogar der Hinweis auf „einen anderen hochrangigen Regierungsbeamten“ als zu belastend angesehen werden können; als insgesamt schädigend. § 793 (f) verbietet es, Kenntnis von vorschriftswidrigen nationalen Verteidigungsdokumenten zu haben, und nicht darüber zu berichten. Die Änderungen in der Erklärung von Director Comey, den Verweis auf Präsident Obama zu streichen - genommen aus den Erklärungen des Präsidenten vom 10. April über die Untersuchung - werfen Fragen darüber auf, ob das FBI versuchte, Präsident Obamas Rolle oder dessen Wissen über das Verhalten von Außenminister Clinton zu verdecken.

5. Am 1. Juli 2016, nach der Ankündigung von Generalstaatsanwalt Lynch, dass sie der Empfehlung des FBI in der Clinton-Untersuchung folgen würde, schrieb Page, „es ist ein echt couragiertes Profil, da sie weiß, dass keine Anklage“ gegen Secretary Clinton erhoben wird. Am 5. Juli 2016 hielt Direktor Comey eine Pressekonferenz ab, um die Erklärung zur Entlastung [der Untersuchung] abzugeben. Vor dem Hauskomitee für Aufsicht und Regierungsreform sagte Direktor Comey am 7. Juli 2016 aus, dass er [seine Aussage] „nicht mit irgend jemandem koordiniert habe. Das Weiße Haus, das Justizministerium, niemand außerhalb der FBI-Familie hatte eine Ahnung, was ich sagen wollte“. Diese Aussagen scheinen sich zu widersprechen. Die Aussagen von Comey und Lynch wurden sorgfältig für die Öffentlichkeit vorbereitet. Pages Textnachrichten hingegen waren dagegen niemals dazu gedacht, an die Öffentlichkeit zu gelangen, waren daher offener und könnten somit glaubwürdiger sein. Da die Erklärung von Direktor Comey vom 7. Juli unter Eid abgegeben wurde, erfordert diese Diskrepanz weitere Untersuchungen.

6. Am 9. August 2016 schrieb Page an Strzok über Trump: „Er wird niemals Präsident werden, richtig?“ Antwort: „Richtig!“ Am 15. August 2016 schrieb Strzok an Page, „ich möchte das erhoffen, was du in Andys Büro in Betracht gezogen hast - dass er nicht gewählt wird - aber ich fürchte, wir können das Risiko nicht hinnehmen. Es ist wie eine Versicherungspolice in dem unwahrscheinlichen Fall, dass man stirbt, bevor man 40 ist ...“ Aufgrund dessen, was diese Texte implizieren, verlangen diese weitere Untersuchungen.

7. Am 2. September 2016 schrieb Page über die Vorbereitung von Gesprächsthemen für [FBI] Direktor Comey, dass „Potus [Präsident Obama] alles wissen will, was wir tun.“ Dieser Text wirft weitere Fragen zu Art und Umfang der persönlichen Beteiligung von Präsident Obama am Clinton-E-Mail-Skandal auf, und die FBI-Untersuchung dessen.

8. Am 28. September 2016 schrieb Strzok an Page, „Musste zu bei Andy vorher ... hunderttausende von E-Mails von Weiner's Anwalt und SDNY [Staatsanwalt in New York] übergeben, enthält eine Tonne Material vom Ehepartner [Huma Abedin, enge Clinton Vertraute]. Wir schicken morgen ein Team, um es zu überprüfen ... das wird niemals enden...“. Diese SMS wirft Fragen über den Zeitpunkt auf, als leitende Beamte des FBI von der Existenz relevanter E-Mails auf dem Laptop von Huma Abedins Ehemann, dem ehemaligen Kongressabgeordneten Anthony Weiner, erfahren haben.

9. Am 21. Oktober 2016 schrieb Strzok an Page, „Dazu, arbeitsmäßig, b/c [Stellvertretender Assistent Generalstaatsanwalt George] Toscas ist sich jetzt bewusst, dass NY HRC-Huma hat E-Mails über Weiner eingebracht. Sagte ihm, wir wüssten es. Wollte wissen, was wir davon halten. George wollte sicherstellen, dass Andy Informationen bekam. Ich habe es Bill gesagt.“ Diese Textnachricht wirft zusätzliche Fragen über den Zeitpunkt auf, zu dem das FBI und das Justizministerium über die neuen E-Mails informiert wurden.

10. Am 28. Oktober 2016 informierte der Direktor Comey den Kongress darüber, dass das FBI „aufgrund der jüngsten Entwicklungen“ seine Clinton-E-Mail-Untersuchung zur Überprüfung neuer E-Mails wieder aufnahm, die „in Verbindung mit einem nicht damit zusammenhängenden Fall entdeckt worden waren“. Nachrichten am selben Tag zeigten, dass diese neu entdeckten E-Mails auf dem Laptop des Kongressabgeordneten Weiner gefunden wurden.

11. Nachdem der stellvertretende Direktor McCabe sich von der Untersuchung zurückgezogen hatte, sagte Page am 2. November 2016 - als das FBI kürzlich entdeckte E-Mails auf dem Laptop des Kongressabgeordneten Weiner prüfte - Page sagte, dass es frustrierend war, „Dinge zu finden, und nicht in der Lage zu sein Andy diese mitzuteilen, und machtlos, diese zu unterbinden“. Strzok antwortete: „Ich brauche dich jetzt drinnen mehr denn je. Wirklich. Und kein Quatsch, dein Land braucht dich jetzt. Wir müssen bei all dem sehr weise sein“. Page antwortete: „Ich werde Jim Baker sehr oft brauchen, um zu D zu gelangen. Aber ich vertraue ihm nicht, dass er Details akkurat übermitteln kann!“ Der Austausch wirft Fragen über die Rolle des stellvertretenden Direktors McCabe in der Untersuchung vor seiner erklärten Befangenheit auf.

12. Am 3. November 2016 schrieb Page an Strzok: „Die nyt Wahlumfragen fallen jeden Tag. Ich bin besorgt über unsere Organisation“. Dies ist wahrscheinlich ein Hinweis auf die

Präsidentenwahlumfragen der New York Times, die Präsident Clinton am 25. Oktober eine Gewinnchance von 93 Prozent bescherten, bevor sie ab November auf 85 Prozent abfielen.

13. Am 4. November 2016, als das FBI die Überprüfung der E-Mails auf dem Laptop des Kongressabgeordneten Weiners beendete, schrieb Page an Strzok: „Die amerikanische Präsidentenwahl und damit der Zustand der Welt hängt tatsächlich auf dem Spiel.“

14. Am 6. November 2016 schrieb Direktor Comey erneut an den Kongress und erklärte, dass die Überprüfung der neu entdeckten E-Mails durch das FBI „unsere Schlussfolgerungen, die wir im Juli gegenüber Secretary Clinton zum Ausdruck gebracht haben, sich nicht geändert haben“.

15. Am Wahltag 2016 schrieb Page: „OH MEIN GOTT [OMG] DAS IST BEÄNGSTIGEND“. Strzok stimmte zu: „Omg, ich bin so deprimiert“ Später in diesem Monat schrieb sie zweimal über den Kauf und das Lesen [des Buches] von ‚All the President’s Men‘. Sie schrieb auch: „Ich musste Watergate auffrischen“. Diese Botschaften werfen Fragen auf, ob die persönliche politische Voreingenommenheit die Untersuchung des FBI beeinflusst haben könnte.

16. Am 14. November 2016 schrieb Page: „Gott, hier zu sein macht mich wütend. Viele hochgradige Fälle von nationaler Sicherheit werden besprochen. In der Zwischenzeit haben wir UNSERE Aufgabe vor uns ... “ In Kombination mit Strzoks Text vom 15. August über eine Versicherungspolice sind weitere Untersuchungen gerechtfertigt, um herauszufinden, was sie damit gemeint haben, welche Maßnahmen sie daraufhin ergriffen haben, und wie sich ihre Einstellung und ihre Entscheidungsfindung sowie Leistung verändert hat.

17. In dem Begleitschreiben zur zweiten Ansammlung von Textaustauschen teilte das Justizministerium dem Ausschuss mit, dass Texte zwischen Strzok und Page vom 14. Dezember 2016 bis 15. Mai 2017 nicht archiviert, und daher nicht verfügbar seien. Dies ist ein entscheidender Zeitraum, da Strzok als stellvertretender Direktor der FBI-Spionageabwehr mit ziemlicher Sicherheit in die Ermittlungen des FBI gegen die russische Einmischung bei den Wahlen im November 2016, und eventuellen Absprachen mit der Trump-Kampagne involviert war. Angesichts von Strzoks ungeschminkten Kommentaren an Page wegen Kritik von Präsident Trump ist es sicherlich gerechtfertigt, dass der Ausschuss diese Textnachrichten während dieser Zeitspanne, sowie andere Informationen erhält.

18. Am 19. Mai 2017, zwei Tage nachdem Robert Mueller zum Sondergesandten ernannt worden war, diskutierten Strzok und Page über die Besetzung der Sonderermittlungsverfahren schrieb Strzok: „Für mich und diesen Fall habe ich persönlich einen Sinn für unerledigte Geschäfte. Ich habe es mit MYE entfesselt. Jetzt muss ich es beheben und beenden.“ Er scheint sich auf die bevorstehende Untersuchung zu beziehen, als er später von „eine(r) Untersuchung, die zu einem Amtsenthebungsverfahren führt“ schrieb. Diese Textnachrichten werfen Fragen auf, ob persönlicher Ansporn eine Überlegung gewesen sein könnte, weshalb man Strzok aufgefordert hatte, sich der Untersuchung des Sonderberaters Mueller anzuschließen.

19. Später, in demselben Textaustausch am 19. Mai, als Strzok und Page über Optionen für die Karrierebeauftragung diskutierten und offenbar auch der Special-Counsel-Untersuchung beitraten, fügte er hinzu: „Du und ich wissen, dass die Chancen gleich null sind. Wenn ich es für

wahrscheinlich hielte, wäre es keine Frage. Ich zögere teilweise wegen meines Bauchgefühls und der Besorgnis, dass es dort nichts großartiges [zu ermitteln] gibt“. Dieser Kommentar unterstreicht nachdrücklich die Notwendigkeit, die fehlenden Textnachrichten und andere Informationen bezüglich der Aktionen des FBI und Untersuchungen des Clinton-E-Mail-Skandals sowie der russischen Beteiligung in den Wahlen vom November 2016 zu erhalten.

20. Textnachrichten, die zwischen Strzok und Page ausgetauscht wurden, deuten darauf hin, dass FBI-Beamte nicht offizielle E-Mail-Konten und Messaging-Programme nutzten, um über die FBI-Angelgenheiten zu kommunizieren. Zum Beispiel am 10. April 2016 - nachdem Strzok seine Frustration darüber ausgedrückt hatte, „aus der Schleife genommen“ worden zu sein - schrieb er an Page: „Ich habe dir zwei Entwürfe von dem geschickt, was ich Bill schicken möchte, würde deine Gedanken schätzen. Die zweite (neuere) wird aktualisiert, so dass Du die erste überspringen kannst.“ In einem anderen Austausch, am 25. Oktober 2016, über einen Brief an den Kongress bezüglich der Untersuchung von Clinton, schrieb Page: „Erinnere mich daran, dass ich dich etwas fragen muss. Morgen wäre gut“. Strzok antwortete: „Sicherlich. Du kannst mich auch per [iMessage] imsg. kontaktieren“. Strzok und Page diskutierten auch darüber, wie Page möglicherweise ein vom FBI ausgegebenes iPhone erhält, das das FBI-IT-Büro vorgeschlagen hatte, um den „Sicherheits-/ Überwachungs“-Anforderungen zu entgehen. Diese Texte werfen Fragen über die Aufbewahrung von Aufzeichnungen durch das FBI auf, die mit der Untersuchung verbunden sind.

3. Der Ausschuss wird weiterhin das FBI, und die Ermittlungen des FBI in Bezug auf den Umgang von Secretary Clinton mit geheimen Verschlusssachen überwachen

Am 25. Januar 2018 informierte Justizinspektor Michael Horowitz den Ausschuss darüber, dass es seinem Büro „gelingen sei, mit forensischen Mitteln Textnachrichten von FBI-Geräten wiederherzustellen, darunter SMS zwischen Strzok und Frau Page, die zwischen dem 14. Dezember 2016 und 17. Mai 2017 gesendet und empfangen wurden“. Er gab an, dass er dem Ministerium Kopien zur Verfügung stellen werde, und dass er „keine Einwände gegen die eigenen Unterlagen des Ausschusses“ habe. Der Ausschuss wird sich bemühen, diese Aufzeichnungen so bald wie möglich zu erhalten.

Das Verhalten des FBI in Bezug auf die Bereitstellung der Textnachrichten zwischen Strzok und Page erhöht die Besorgnis über Aktionen und Absichten in den höchsten Ebenen des FBI. Das DOJ OIG erhielt am 20. Juli 2017 die erste Serie von SMS-Nachrichten. Nach der Überprüfung informierte das OIG den Sonderberater Mueller über die unangemessene Haltung in den SMS, die am 27. Juli 2017 dazu führte, dass Strzok vom Sonderberater-Team versetzt wurde. Der US-Kongress wurde darüber nicht informiert, und das Komitee erfuhr erst Anfang Dezember - mehr als vier Monate danach - von den Text-Nachrichtmeldungen.

Am 6. Dezember 2017 schrieben der Vorsitzende Grassley und der Vorsitzende Johnson gemeinsam das Justizministerium und das DOJ OIG an, um die Textnachrichten und andere Informationen bezüglich deren Untersuchungen anzufordern. Am 19. Januar 2018 erhielten wir die zweite Gruppe von SMS-Nachrichten zusammen mit der Benachrichtigung über fehlende Textnachrichten. Als Reaktion auf die Anfragen des OIG nach diesen Textnachrichten hatte das FBI - die beste Ermittlungsbehörde der Welt - vermutlich seit mindestens Juli 2017 über die fehlenden Textnachrichten Bescheid gewusst. Über viele Monate konnte das FBI diese

Textnachrichten nicht wiederherstellen, um somit den Dokumenten-Anforderungen des OIG, und zweier Senatsausschüsse nicht vollständig nachkommen. Und dennoch konnte das OIG die fehlenden Textnachrichten in weniger als einer Woche wiederherstellen. Angesichts dieser Tatsachen wäre der Ausschuss fahrlässig, wenn er die Aktionen und Absichten einiger höherer Beamter des FBI nicht in Frage stellen würde. Wie kann man nicht besorgt sein?

In dem Bemühen, weiterhin Informationen zu erhalten, um diese Fragen zu beantworten, erweiterte der Vorsitzende Johnson die Ermittlungen am 31. Januar 2018, um E-Mails, SMS, Notizen, Voicemails und anderes Material von den an der Clinton-Untersuchung beteiligten FBI-Beamten anzufordern.

III. Fazit

Wir alle sollten den Schaden erkennen, der unserer Rechtsstaatlichkeit zugefügt wird, wenn Verbrechen ungestraft bleiben, weil Regierungsbeamte von den Reichen, Berühmten oder Mächtigen den Blick abwenden. Amerikaner erwarten zu Recht ein einheitliches und unparteiisches System von Gerechtigkeit für alle, nicht eines für die gut vernetzten, und eines für alle anderen.

Die Informationen, die dem Ausschuss zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehen, werfen ernste Fragen darüber auf, wie das FBI die Rechtsstaatlichkeit bei der Untersuchung von Verschlussachen auf Secretary Clintons privatem E-Mail-Server angewandt hat. Wir wissen folgendes darüber:

- Das FBI nutzte kein Geschworenengericht, um Zeugenaussagen zu erzwingen und die überwiegende Mehrheit der Beweise zu erhalten. Stattdessen entschied es sich, Immunitätsvereinbarungen anzubieten und es den Zeugen zu ermöglichen, an Schlüsselinterviews teilzunehmen
- Es gab wesentliche Änderungen an der öffentlichen Erklärung von Direktor Comey, die dazu diente, die Härte der Maßnahmen von Außenminister Clinton herunterzuspielen, und ebenso die Tatsache, dass der erste Entwurf des Memos zwei Monate vor der Befragung von wichtigen Zeugen zur Bearbeitung herausgegeben wurde
- Direktor Comey gab an, dass er weder mit dem Justizministerium noch mit dem Weißen Haus gesprochen hatte, während die Textnachrichten etwas anderes vermuten lassen. Wir haben Textnachrichten, in denen zwei Hauptbeauftragte eine „Versicherungspolice“ gegen das „Risiko“ einer Trump-Präsidentschaft diskutieren, sowie über „UNSERE Aufgabe“ sprechen
- In den Text-Nachrichten wird über „unerledigte Angelegenheiten“ diskutiert, „eine Untersuchung, die zu einem Amtsenthebungsverfahren führt“ und „mein Bauchgefühl und meine Sorge, dass es dort nichts [zu ermitteln] gibt“
- Oberste FBI-Beamte - wahrscheinlich auch der stellvertretende Direktor McCabe - wussten fast einen Monat lang von neu entdeckten E-Mails auf einem Laptop von Anthony Weiner, bevor Direktor Comey den Kongress darüber benachrichtigte

- Während des Zeitraums von mindestens vier Monaten konnte das FBI die vom DOJ OIG und zwei Senatsausschüssen angeforderten Textnachrichten nicht wiederherstellen; als sie jedoch unter Druck gesetzt wurden, konnte DOJ OIG fehlende Texte in weniger als einer Woche wiederherstellen

Zusammengenommen rechtfertigen diese Informationen eine weitere Untersuchung. Während einige die Untersuchung aus politischen Gründen ablehnen, haben wir alle ein großes Interesse daran, sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit Vertrauen in die Integrität und Unabhängigkeit des FBI hat, der wichtigsten Strafverfolgungsbehörde der Welt. Im Gegensatz zu Staatsanwälten oder Generalinspektoren besteht das Hauptziel der Aufsicht des Kongresses in der vollen Transparenz, um das öffentliche Bewusstsein und das Vertrauen in die Bundesbehörden zu fördern. Aus diesen Gründen wird unsere wichtige Arbeit fortgesetzt.